

# Marktwirtschaft.

## Zu Gast bei Stiftung Marktwirtschaft:



Bundes-  
finanzminister  
Wolfgang Schäuble



Bundes-  
gesundheitsminister  
Philipp Rösler



Bundes-  
umweltminister  
Norbert Röttgen



Letzte Kolumne für die Stiftung Marktwirtschaft / S. 7  
Martin Suter erhält Swift-Preis

- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| 02 | Steuern: Wo ist die Vereinfachung?<br>Editorial von Stiftungsvorstand Michael Eilfort                                  | 10 | 355 Euro extra monatlich und lebenslang<br>Medienstimmen zum Schuldenabbau                      |
| 03 | „Mehr Mut zum Neuanfang“<br>Neue Studie des Kronberger Kreises   | 11 | Generation-D – Ausschreibung im 3. Jahr<br>Ideenwettbewerb für Studierende                      |
| 04 | Rösler zu Gast beim Jahrestreffen<br>Bundesgesundheitsminister diskutiert mit<br>Freunden der Stiftung Marktwirtschaft | 12 | Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz<br>Bundesumweltminister Röttgen zur Energiepolitik |
| 06 | <b>Swift-Preis geht an Martin Suter</b><br>Preis für Wirtschaftssatire   | 13 | Die deutsche Mitbestimmung<br>Stärke oder Schwäche in der Krise?                                |
| 07 | Eine „letzte Kolumne“ für die Stiftung<br>Martin Suters satirische Dankesrede  | 14 | Finanzmarkt- & Steuerpolitik<br>Bundesfinanzminister Schäuble zur Perspektive 2020              |
| 08 | 7,85 Billionen Euro Staatsschulden<br>Generationenbilanz – Update 2010   | 15 | Guter Staat – böse Bürger?<br>Tagung zu Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung              |
|    |  | 16 | Zur Person / Zu guter Letzt   |

# Steuern: Komplizierter, höher, ungerechter?

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



„Einfacher, niedriger, gerechter“, war dem Publikum versprochen worden. So stand es auch im Veranstaltungsprogramm bzw. Koalitionsvertrag. Dann aber begann die Aufführung mit einem schrillen Hotel-Duett von CSU und FDP. Dem folgte ein dissonanter Steuersenkungschor – dessen Tenor lautete am Ende: Der Staat kommt vor

den Bürgern, und wenn er Geld braucht, sollen die ihre freche Forderung nach mehr Netto vom Brutto zurückstellen. Da der Staat immer Geld braucht und der Wille zu Strukturreformen ebenso begrenzt ist wie der zu Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite, gibt es bald noch weniger Netto vom Brutto. Es fängt bei den Abgaben an: Statt einer überfälligen Gesundheitsreform z.B. zur Entkoppelung der Gesundheits- von den Lohnkosten erleben wir eine schlichte Beitragserhöhung.

Damit nicht genug. Mal an-, mal abschwelldend, aber stets präsent, ist ein atemberaubender Steuererhöhungskanon zu vernehmen: Also doch gebrochene Wahlversprechen? Nein, heißt es auch bei Regierungspolitikern, alles sei gaaanz gerecht, weil es „die Reichen“ treffen soll und der Staat zudem mit den Einnahmen gaaanz tolle Sachen macht, z.B. Bildung und Entlastungen bei Schlechtereinkommenden! Wer's glaubt ... Die Welt wird nicht untergehen im Falle der Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder der Einführung einer neuen „Reichensteuer“. Besser wird sie aber auch nicht. Steuererhöhungen, ob bei Einkommensteuer, Soli oder Mehrwertsteuer, bringen mehr Schaden als Nutzen.

Erstens: Allen Ernstes wird feierlich verkündet, starke Schultern müssten mehr tragen als Schwache. Ach was! Das ist in Deutschland – zu Recht – seit Jahrzehnten schon so. Diese gewollte Umverteilung funktioniert: Das einträglichste Viertel der Steuerzahler trägt drei Viertel des Einkommensteueraufkommens.

Zweitens: Der Spitzensteuersatz habe zu Zeiten Helmut Kohls bei 53 % gelegen. Stimmt, aber die meisten haben weniger Steuern gezahlt: Es gab wesentlich mehr Möglichkeiten des Abzugs. Heute ist die Bemessungsgrundlage viel breiter. Überdreht man die Schraube, gilt angesichts nun offenerer Grenzen die variierte Handwerkerregel: Auf zu folgt nicht ab, sondern weg – ins Ausland.

Drittens: Schon mit der vor Jahren bei ähnlicher Diskussionslage eingeführten Reichensteuer I liegt der Spitzensteuersatz bei 45 % – plus Soli plus in immer noch vielen Fällen Kirche. Gerade einmal 600 Millionen Euro bringt die Erhöhung um gleich drei Prozentpunkte, ein Mehrwertsteuerpunkt dagegen 9 Milliarden Euro. Es bestätigt sich erneut, dass nur Masse Kasse macht. Der Spitzensteuersatz ist ein reines Symbolthema – Steuertheater statt Steuerpolitik.

Viertens: Bei den Schlechtereinkommenden, die angeblich profitieren sollen, würde durch Steuererhöhungen genauso wenig ankommen wie bei dem relativ kleinen Bildungsetz – linke Tasche, rechte Tasche. Das Geld versickert eher im gefräßigen Staat oder landet bei den Nichtverdienenden – die Hälfte des Bundeshaushalts geht in den Sozialbereich.

Fünftens: Manche wollen nur Schnitte auf der Ausgabenseite umgehen. Kaum gibt es erste Ansätze eines „Sparpakets“, denken sie schon über neue Einnahmequellen nach. Nach aller Erfahrung in 43 Schuldenjahren seit 1967 gilt aber: Noch bevor das frische Geld hereinkommt, ist es schon dreimal verplant. Gespart wird nur unter Druck. Es lebe die Schuldenbremse!

Die Koalition erreichte auch für die Nachhaltigkeit ihres Haushalts mehr, wenn sie sich auf Wachstum und Vereinfachung konzentrierte. In der Einkommensteuer, bei den Kommunal финанzen und auch bei der Mehrwertsteuer. Da könnte man nebenbei eine Torheit korrigieren: Der Steuerausfall durch das Mehrwertsteuergeschenk an die Hotelbranche ist fast doppelt so hoch wie die Einnahmen durch die Reichensteuer! 16 Prozent auf alles, das heute der Mehrwertsteuer unterliegt – das wäre eine annähernd aufkommensneutrale Vereinfachung und würde unserem Land weitere absurde Diskussionen sparen über Schweineohren, Hamsterknabberstangen, Eselshengste, Mitnahme oder Vor-Ort-Verzehr von Buletten. Übrigens wirkt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz eher als Branchensubvention statt als geeignetes Mittel des sozialen Ausgleichs: Frische Trüffel, Jakobsmuscheln oder Edelschokolade (alles 7 %) sind so wenig „Grundnahrungsmittel“ wie günstigere Butterpreise für alle eine effektive Hilfe für wirklich Bedürftige.

## IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft  
V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner  
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
www.stiftung-marktwirtschaft.de  
ISSN: 1612-9725

# Kronberger Kreis fordert mehr Mut zum Neuanfang

## Politikempfehlungen für die Bundesregierung

Die deutsche Wirtschaft erholt sich langsam von den Auswirkungen der Finanzkrise. Akutes Krisenmanagement ist nicht mehr erforderlich. Nun muss die Bundesregierung mittelfristig angelegte, marktkonforme Strategien entwickeln, um auf die anstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen zu reagieren. Der Kronberger Kreis stellt hierfür in seiner neuesten Studie (Nr. 51) Lösungskonzepte bereit.

Zunächst beschäftigen sich die Professoren Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Lars P. Feld, Wernhard Möschel und Manfred J. M. Neumann mit der Stärkung der Banken- und Finanzaufsicht. Sie plädieren dafür, die makroprudentielle Analyse – mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens von systemischen Risiken im Finanzsystem – auf europäischer Ebene bei der Europäischen Zentralbank und auf nationaler Ebene bei der Bundesbank anzusiedeln. Die mikroprudentielle Aufsicht – Kontrolle der Geschäftstätigkeit der Banken und im Einzelfall erforderliches Eingreifen des Staates – sollte dagegen in Deutschland von der restrukturierten BaFin wahrgenommen werden.

Der zweite in der Studie ausgeführte Bereich ist die Steuerpolitik. Um das Problem der kalten Progression zu lösen, wird eine automatische Indexierung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer vorgeschlagen, so dass inflationsbedingte Einkommenssteigerungen nicht mehr zu einer höheren realen Steuerbelastung führen. Um die steuerliche Behandlung von Eigen- und Fremdkapital zu vereinheitlichen, sollte zudem die Abgeltungsteuer auf ausgeschüttete Unternehmensgewinne abgeschafft bzw. auf Veräußerungsgewinne reduziert werden. Der Kronberger Kreis weist darauf hin, dass trotz des unbedingten Konsolidierungserfordernis der Staatshaushalt genügend Ausgleichsmöglichkeiten zur Finanzierung der entstehenden Steuerausfälle besitzt, so z.B. durch Senkungen der Ausgaben in der Wirtschaftsförderung und der Umweltpolitik oder auch durch die Aufhebung des reduzierten Umsatzsteuersatzes.

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung plädiert der Kronberger Kreis für Gesundheitspauschalen, um die Einkommensumverteilung aus dem dafür ungeeigneten Versicherungssystem herauszunehmen. Die Finanzierbarkeit dieses Reformvorschlages sei u.a. dadurch gewährleistet, dass die ungerechtfertigte Umverteilung erstens zugunsten von Versicherten mit geringen Lohneinkünften, aber hohen sonstigen Einkünften und zweitens durch die unentgeltliche Mitversicherung von Ehepartnern und ein-

getragenen Lebenspartnern wegfallende. Bezogen auf die private Krankenversicherung setzt sich der Kronberger Kreis für eine bessere Übertragbarkeit der individuellen Altersrückstellungen ein, um so den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu stärken.

Der Kronberger Kreis kritisiert des Weiteren die Subventionierung von erneuerbaren Energien und die Vorschriften zur Verringerung des Energieverbrauchs in Gebäuden. Stattdessen sei eine Ausdehnung des Emissionszertifikatehandels bezogen auf die Anzahl der teilnehmenden Länder und Branchen der effizientere Weg.



### KRONBERGER KREIS-Studie

#### Mehr Mut zum Neuanfang

Schriftenreihe Band 51,  
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.),  
Berlin 2010.

Zum Herunterladen auf:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

Schon in der im August 2009 erschienenen Studie „Für einen wirksamen Klimaschutz“ gab der Kronberger Kreis Empfehlungen für eine ökonomisch fundierte Energiepolitik ab. Diese Studie stieß auf ein reges Echo in der Öffentlichkeit. So berichtete u.a. die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** am 11.08.2009:

*Der Kronberger Kreis [...] fordert ein Umdenken in der Klimaschutzpolitik. Diese sollte allein auf den Handel mit Emissionszertifikaten für Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) setzen und ihn über Industrie und Stromerzeuger hinaus auf weitere Sektoren ausweiten. Dafür könne man die gesamte Förderung des Ökostroms aus Windkraft und anderen erneuerbaren Energien einstellen, empfiehlt der Kronberger Kreis, der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Studie „Für einen wirksamen Klimaschutz“.*

Auch das Nachrichtenmagazin der **Spiegel** (Nr. 50/2009) griff die Ergebnisse des Kronberger Kreises in seiner Reportage „Das teure Wirtschaftswunder“ auf:

*Je unwirtschaftlicher die Erzeugung erneuerbarer Energie ist, desto höher wird die Subvention bemessen“, wundert sich der Kronberger Kreis, eine Runde liberaler Wirtschaftswissenschaftler, über die Fehl-anreize. „Das ist ökonomischer Unfug.“*

# Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler zu Gast

Rösler diskutiert mit Freunden der Stiftung Marktwirtschaft und erläutert sein Reformvorhaben



Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler, Gastredner des diesjährigen Frühjahrstreffens in Kronberg im Taunus, dankt der Stiftung Marktwirtschaft in persona des Kuratoriumsvorsitzenden Prof. Dr. Nikolaus Schweickart für die Möglichkeit, wirtschaftspolitische und insbesondere gesundheitspolitische Fragen gemeinsam diskutieren zu können. So werde in der Öffentlichkeit **Gesundheit heute eher als Kostenfaktor verstanden** und das Gesundheitswesen damit negativ belegt. Wie die Zuhörer gleich zu Beginn bei der Vorstellung der Generationenbilanz der Stiftung von Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen erfahren haben, stelle Gesundheit darüber hinaus auch einen **Schuldenfaktor** dar.

„Was man aber häufig verkennt, ist, dass Gesundheit längst **auch ein starker Wirtschaftsfaktor** in Deutschland geworden ist“, ergänzt Rösler die Einführung in das Thema: Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) weise ein jährliches Umsatzvolumen in Höhe von 170 Milliarden Euro auf. Im gesamten Gesundheitswesen seien es jährlich sogar 263 Milliarden Euro. Schließlich gebe es knapp 4,5 bis 5 Millionen Beschäftigte im deutschen Gesundheitswesen und verwandten Branchen. „Das zeigt, welche Bedeutung Gesundheit auch für die Volkswirtschaft schon heute hat“, resümiert der 37-jährige Bundesgesundheitsminister. „Wir gehen davon aus, dass die Potentiale noch viel größer sind, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“

Bei der Stiftung Marktwirtschaft stünde, so Rösler zu den Freunden der Stiftung, ebenfalls die Verbesserung der

Rahmenbedingungen im Vordergrund. Das gegenwärtige System entspreche jedoch nicht dem System, das man sich in der Sozialen Marktwirtschaft vorstellen könnte. Derzeit gebe es „weniger Eigenverantwortung, weniger Freiheit und aus meiner Sicht auch genau deswegen weniger Solidarität“, lautet sein Urteil. „Es ist eben kein System, was gut in eine Soziale Marktwirtschaft hineinpasst, sondern es ist eher stark durchstrukturiert. Manche sagen auch, dass wir **fast ein planwirtschaftliches Gesundheitssystem** haben.“ Folglich stelle sich die Frage, wie man aus dem System von heute zumindest aus marktwirtschaftlicher Sicht ein besseres machen kann. Vorab gebe es aber noch folgende Frage: „**Wollen wir überhaupt ein marktwirtschaftliches System im Gesundheitswesen** oder macht es vielleicht gar keinen Sinn, sich in diesem wichtigen sozialen Bereich um Marktwirtschaft zu bemühen?“ so Rösler provokativ.

„Wenn Sie die 4,5 Millionen Beschäftigten fragen, warum sie diese Leistung erbringen, dann werden sie selten sagen, dass sie die Leistung erbringen, weil sie in einem ‚guten System‘ arbeiten. Sondern sie sagen im Gegenteil, sie erbringen die Leistung nicht *wegen* sondern *trotz* eines bürokratischen und sehr verzahnten Gesundheitssystems“, weiß Rösler. Die meisten würden auch verneinen, in einem System der Sozialen Marktwirtschaft, „also in einem System des fairen Wettbewerbs zu leben und zu arbeiten.“

In einem **System der unfairen Konkurrenz** seien starre Regeln vorgegeben, erklärt Rösler. „Vor allem hat in einem unfairen System nicht derjenige Erfolg, der besonders gute Leistungen erbringt, sondern vor allem derjenige, der sich in einem komplexen Regelwerk besonders gut auskennt.“ Das sei auch zum Schaden von Patientinnen und Patienten. „Das heißt also,“ zieht Rösler Bilanz, „der Therapeut wird nicht allein von therapeutischen Erwägungen gelenkt. In einem fairen Wettbewerb aber – ‚so stellt man sich das ja als Liberaler vor‘ – habe nicht derjenige Erfolg, der sich besonders gut im Regelwerk auskennt, sondern derjenige, der besonders gute Leistungen erbringt und „das ist aus unserer Sicht im Gesundheitssystem immer das, was Patientinnen und Patienten brauchen.“

Nicht nur im Gesundheitssystem, sondern generell in Deutschland herrsche allerdings eine Mentalität vor, nach der man eher Institutionen als sich selbst – am liebsten aber dem Staat – gangbare Lösungen zutraue. Doch sei nicht über Rahmenbedingungen und Ordnungspolitik zu befinden, eine der Aufgaben des Staates als „Problem-

## als Hauptredner beim Jahrestreffen in Kronberg

in der Gesundheitspolitik zur Finanzierung der GKV – Auszüge seines Vortrages



löser Nr. 1“, lautet Röslers Frage. Politikern obläge demnach die Aufgabe, dafür eine Stiftung ins Leben zu rufen, so Rösler mit ironischem Unterton. Und als erstes würden sie dann das machen, „was wir besonders gut können: zunächst einmal ein Gesetz. Damit kennen wir uns hervorragend aus! Das würde dann **Hessisches-Stiftungs-Marktwirtschaft-Aufforderungs-Durchführungs- und Qualitätssicherungsgesetz – HSMADQSG** heißen,“ fügt Rösler einfallsreich hinzu. „Wir bräuchten dann natürlich nicht nur das Gesetz, sondern auch entsprechende Vorschriften und Verordnungen sowie Personal, um die Vorschriften, die wir aufgestellt haben, nicht nur durchzuführen, sondern auch zu kontrollieren.“

„Im Gesundheitswesen traut man den Beteiligten herzlich wenig zu, dafür erwartet man umso mehr vom deutschen Gesundheitssystem“, wird Rösler wieder ernsthaft. Doch es reiche nicht aus, Vorschriften und Verordnungen nach und nach abzuschaffen. Eine **Mentalitätsänderung** sei erforderlich. Rösler ist der Überzeugung, dass die Qualität alleine nicht durch Gesetze sichergestellt werden kann, sondern auch des mündigen Versicherten bzw. des aufgeklärten Patienten bedarf. Das sei nicht nur eine enorme Motivation für den Arzt, sondern die **Mündigkeit** stärke auch die **Eigenverantwortung des Patienten**. „Das jetzige System hält jedoch den Patienten ganz bewusst in der Unmündigkeit und verhindert Transparenz“, so das Urteil Rös-

lers. „Trotzdem weiß ich, dass man viele Elemente aus der Sozialen Marktwirtschaft in das Gesundheitswesen übernehmen kann, z.B. dass Patienten ihre Therapeuten selbst aussuchen oder Versicherungsunternehmen entscheiden können, wie sie ihre Versicherten versorgen.“ **Gesundheit allein sei aber kein marktfähiges Gut**, meint Rösler. „Sie können sich aussuchen, ob Sie ein Auto kaufen wollen oder nicht. Sie können sich aber nicht aussuchen, ob Sie krank sind oder nicht.“ Der große Unterschied sei daher Solidarität: Der starke Gesunde hilft dem schwächeren Kranken.

In dem jetzigen System habe man aber nicht nur den Ausgleich zwischen gesund und krank, sondern gleichzeitig – auch politisch gewollt – den Ausgleich zwischen Arm und Reich, das heißt, dass höhere Einkommen für die gleiche Leistung mehr bezahlen. Unabhängig davon sei es gesellschaftlich gewollt, dass es einen Ausgleich zwischen Arm und Reich gibt. **Diese Form der Solidarität gehöre aber nicht in das System der GKV**. „Es ist dagegen wesentlich gerechter, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich schrittweise aus der GKV in das Steuersystem zu bringen, denn im Steuersystem wird anders als in der GKV nach der Leistungsfähigkeit bewertet. Und es wird nicht nur der Lohn herangezogen, sondern auch andere Einkommensarten.“

Zu einem Prämienmodell gehöre das Ziel einer Entkoppelung der Beiträge von den Lohnzusatzkosten. Es werde solange zu keiner Umsatzsteigerung im Gesundheitswesen kommen, solange die Einnahmeseite nicht wachsen kann und „sie kann nicht wachsen, weil es eine strenge Bindung an den Faktor Arbeit gebe“, bilanziert Rösler und fordert: „Das muss sich ändern, dann kann man **Gesundheit viel stärker als Wirtschaftsfaktor und nicht als Kostenfaktor** verstehen.“



Prof. Theo Siegert und Prof. Nikolaus Schweickart (v.l.) danken dem Minister für seine Ausführungen zur Gesundheitspolitik der Bundesregierung.

## Swift-Preis geht an Martin Suter

Preis für Wirtschaftssatire der Stiftung Marktwirtschaft für die Manager-Kolumne „Business Class“

Zum zweiten Mal vergibt die Stiftung Marktwirtschaft den Swift-Preis für Wirtschaftssatire. In diesem Jahr geht er an den Autor Martin Suter. Der nach dem irischen Satiriker Jonathan Swift benannte Preis soll den kreativen Diskurs um die auf Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung basierende marktwirtschaftliche Ordnung auszeichnen. Prof. Johann Eekhoff vom Kronberger Kreis, Stiftungsvorstand Prof. Bernd Raffelhüschen, der Kuratoriumsvorsitzende Prof. Nikolaus Schweickart, der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Theo Siegert und Vorstand Prof. Michael Eilfort (*Bild unten v.l.*) gratulieren dem Swift-Preisträger Martin Suter, der mit einer eigens für die Preisverleihung geschriebenen Kurzgeschichte aus der Reihe „Business Class“ antwortet (siehe S. 7). Der Swift-Preis ist mit einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro dotiert.



Martin Suter gehört zu den bekanntesten Autoren der Schweiz. Er feiert nicht nur in Europa, sondern weltweit mit seinen nur schwer einem Genre zuzuordnenden Romanen Erfolge. In seiner Kolumne mit dem Titel „Business Class“ (erschieden in der Weltwoche und danach im Magazin des Tages-Anzeigers) gelingt es dem Schweizer auf amüsante Weise, einen ironisch-satirischen Blick auf das Treiben mancher Mitglieder der „Wirtschaftseliten“ zu werfen. „Keiner hat die Welt der Wirtschaft und Finanzen so systematisch karikiert wie Suter,“ sagt der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Theo Siegert in seiner Laudatio über den Preisträger und zitiert aus der Begründung der Jury: „Mit Martin Suter wird ein Autor ausgezeichnet, der sich kontinuierlich mit außergewöhnlichem und anhaltendem Erfolg dem Genre der Wirtschaftssatire widmet, ja man könnte sagen, er hat es überhaupt erst wiedererfunden.“

Im Anschluss an die Preisverleihung nahm sich der Autor Zeit, um für die Gäste der Stiftung Marktwirtschaft sein neuestes Buch „Der Koch“ zu signieren (*Bild rechts: Suter mit den Professoren Raffelhüschen und Donges*). Suter befindet sich aktuell in Deutschland und in der Schweiz auf einer Rundreise, um den vom Diogenes-Verlag herausgegebenen Roman der Öffentlichkeit vorzustellen. Parallel läuft im Kino die Verfilmung einer ebenfalls von ihm stammenden Romanvorlage „Giulias Verschwinden“ mit den Schauspielern Bruno Ganz und Corinna Harfouch in den Hauptrollen, die den Umgang mit der Alterung der Gesellschaft zum Thema hat. Suter überrascht dabei sein Publikum immer wieder neu mit dem schonungslosen und dennoch wohlwollenden Blick auf menschliche Makel und kreative Lösungsstrategien.



# Eine letzte Kolumne für die Stiftung Marktwirtschaft

Martin Suters Erwiderung auf die Laudatio des Stiftungsratsvorsitzenden Prof. Dr. Theo Siegert

## Schon gehört?

„Schon gehört? Suter bekommt den Swift-Preis.“ Baumgartner lässt die Handvoll Erdnüsse, die er sich eben in den Mund schaufeln wollte, auf Kinnhöhe in der Schwebe. „Martin Suter?“ Die Hand bleibt in Wartestellung.

Kellerhals nickt sein vielsagendstes Nicken und füllt sich jetzt ebenfalls die hohle Hand mit Erdnüsschen. Baumgartner lässt seine auf den Tresen sinken und starrt sie fassungslos an. „Das ist doch der, der unsere Eliten der Marktwirtschaft seit Jahren durch den Kakao zieht.“

Kellerhals pickt sich mit Daumen und Zeigefinger seiner Rechten ein einziges Erdnüsschen aus der gehäuften Linken und steckt es in den Mund wie eine kulinarische Rarität. „Ebendieser“, bestätigt er triumphierend, als hätte er seit Jahren vor diesem Skandal gewarnt.

Baumgartner kippt seine Ladung Erdnüsschen in den Mund und kaut wütend. „Und wird der Swift-Preis“, mampft er, „nicht von der Stiftung Marktwirtschaft verliehen?“ Kellerhals sucht sich sorgfältig ein weiteres Nüsschen aus. „Du hast es erfasst.“

Baumgartner schluckt runter und spült sich den Mund mit Gin Tonic. „Und weshalb, um Himmels Willen, tun die so etwas? Masochismus?“

Kellerhals winkt ab. „I wo. Die fühlen sich nicht angesprochen. Davon lebt die Satire: Dass die, die gemeint sind, sich nicht angesprochen fühlen.“ Er feiert diese Erkenntnis mit einem Schlückchen Campari Soda.

„Die Kolumne heisst ‚Business Class‘. Wer sonst soll sich denn angesprochen fühlen, wenn nicht die Eliten der Marktwirtschaft?“ Baumgartner greift sich den Silberlöffel, der aus hygienischen Gründen zu den Erdnüsschen serviert wird, und schippt die hohle Hand entschlossen wieder voll.

„Ich habe da so eine Theorie.“ Kellerhals macht es spannend, angelt sich ein weiteres Nüsschen und kaut es gründlich.

Baumgartner wartet mit halboffenem Mund und einwurfbereiter Hand.

„Dadurch, dass die die Satire belohnen, distanzieren sie sich von denen, auf die sie zielt.“ Kellerhals wartet mit einem befriedigten Lächeln auf die Wirkung seiner Einschätzung.

Baumgartner verschafft sich eine Denkpause, indem er sich die Backen mit Nüsschen füllt. Sein Gesprächs-

partner vertreibt sich die Wartezeit mit seinem Campari. Endlich folgt Baumgartners Antwort. Sie lautet: „Nicht sehr solidarisch.“

„Das ist allerdings kein marktwirtschaftliches Kriterium.“ Baumgartner verwindet die Maßregelung mit einem Schluck Gin Tonic. Dann erkundigt er sich: „Wie, ehem, wie hoch ist denn der Preis, ehem, dotiert?“ Er ist aufs Äusserste gefasst.

„Zehntausend.“

„Ach so.“ Baumgartner sucht den Blick des Barman und deutet auf sein leeres Glas.

Kellerhals reagiert beleidigt. „Du darfst das nicht mit uns vergleichen. Der Mann ist Kulturschaffender.“

Diesen Aspekt hatte Baumgartner für einen Moment aus den Augen verloren. „Stimmt. Für so einen könnte der Betrag ausreichen, als Anreiz missverstanden zu werden, noch motivierter über die Manager herzuziehen.“

Kellerhals winkt ab. „Da kann ich dich beruhigen. Der Mann hat aufgehört, die Kolumne zu schreiben.“ Der Barman bringt Baumgartner den frischen Drink, Kellerhals hält ihm sein nun ebenfalls leeres Glas hin.

„Jetzt hab ich’s“, ruft Baumgartner aus. „Die geben ihm den Preis gar nicht für die Kolumne!“ – „Wofür denn sonst?“

Baumgartner lässt sich einen Schluck Zeit. „Die geben ihm den Preis dafür, dass er sie nicht mehr schreibt.“



Die eigens für den Anlass der Swift-Preisverleihung durch die Stiftung Marktwirtschaft geschriebene „letzte“ Kolumne von Martin Suter ist exklusiv im Schweizer «Tages-Anzeiger», in der «Thurgauer Zeitung» sowie «Der Bund» und «Basler Zeitung» erschienen.

# 7,85 Billionen Euro Staatsschulden

## Generationenbilanz – Update 2010: Schwerpunkt Gesundheitsprämie

Die Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland ist äußerst bedrohlich. Das zeigt das aktuelle Generationenbilanz-Update 2010 der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg, das Vorstandsmitglied Prof. Bernd Raffelhüschen am 18. Mai im Rahmen eines Pressegesprächs in Berlin präsentiert hat. Neben der offen ausgewiesenen und krisenbedingt verschärften Rekordverschuldung der Gebietskörperschaften stellen die impliziten, heute noch nicht direkt sichtbaren Staatsschulden eine gravierende Gefahr dar, die vor allem junge und zukünftige Generationen bedroht und zu einem beträchtlichen Teil in den demographieabhängigen Sozialversicherungen (Gesetzliche Rentenversicherung (GRV), Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) sowie Soziale Pflegeversicherung (SPV) besteht. Die implizite Staatsschuld resultiert daraus, dass die heutigen Beitragssätze bei weitem nicht ausreichen, um die staatlich „zugesagten“ Leistungsniveaus angesichts der zunehmenden Bevölkerungsalterung und des medizinisch-technischen Fortschritts im Gesundheitswesen auch in Zukunft halten zu können.

Gemäß unseren jüngsten Berechnungen beläuft sich die Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Schulden auf 7,85 Billionen Euro. Diese Summe entspricht mehr als dem Dreifachen des heutigen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ähnlich wie bei einem Eisberg macht die explizite, sichtbare Staatsverschuldung nur etwa ein Viertel der Gesamtschuld aus; mit drei Vierteln entfällt das Gros hinge-

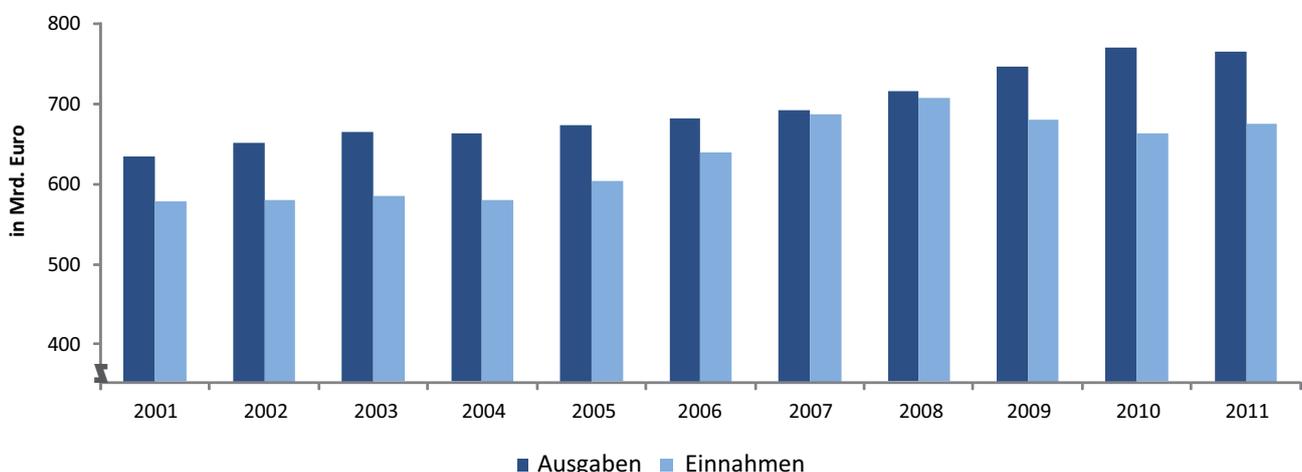
gen auf die impliziten Staatsschulden. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Nachhaltigkeitslücke von 250 % auf 315 % des BIP angestiegen.

### Sündenbock Wirtschaftskrise

Zwar hat die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre die fiskalischen Probleme verschärft, allerdings wäre es ein fataler Fehlschluss zu glauben, sie sei die Hauptursache der Schuldenkrise. Sowohl was die expliziten als auch die impliziten Staatsschulden betrifft, sind seit Jahrzehnten gravierende strukturelle Fehlentwicklungen zu erkennen. Die unten stehende Abbildung zeigt beispielsweise, dass Bund, Länder und Kommunen in jedem der letzten 10 Jahre zusätzliche Schulden aufgenommen haben – selbst in Jahren mit guter Konjunktur. In den Sozialversicherungen hat sich die Situation im Jahresvergleich zwar nicht verschlechtert, allerdings bedeutet eine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von jeweils rund einem BIP in der GKV und der GRV sowie einem Drittel des BIP in der SPV, dass entweder die Beitragssätze in der Zukunft deutlich steigen oder die Leistungen gekürzt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund sollte die Bundesregierung ihr Möglichstes tun, damit die Schuldenbremse in den kommenden Jahren eingehalten und ein Stabilitätserfolg erzielt wird. Alles andere wäre nicht nur eine weitere Belastung zukünftiger Generationen, sondern könnte auch das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands nach-

### Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften



haltig gefährden. Darüber hinaus sind auch in den Sozialversicherungen weitere Reformen unerlässlich.

**Schwerpunkt Gesundheitsprämie**

Besonders akut ist der Handlungsbedarf im Gesundheitswesen, wo sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben derzeit erneut dramatisch öffnet und die Krankenkassen vor beträchtliche Probleme stellt. Analysiert man die Probleme des Gesundheitswesens, so lassen sich drei problematische Entwicklungen identifizieren:

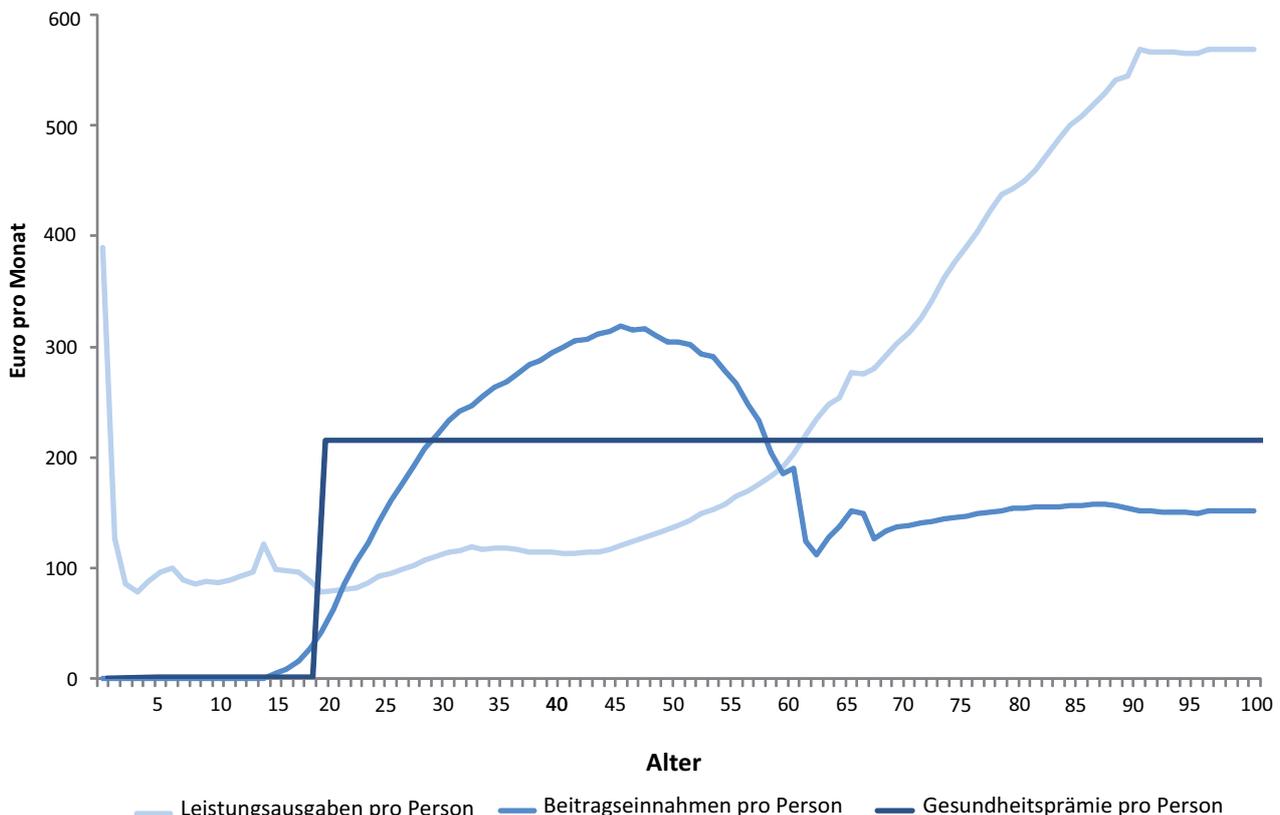
Erstens tendieren die Ausgaben dazu, deutlich schneller als das BIP zu wachsen, so dass immer wieder Kostendämpfungsgesetze verabschiedet werden mussten, deren Wirkung aber in der Regel jeweils nur von kurzer Dauer war. Zweitens bleibt die Entwicklung der Beitragseinnahmen pro Versichertem seit längerem tendenziell hinter dem Anstieg des BIP zurück. Und drittens werden in Zukunft beide Trends durch die zunehmende Bevölkerungsalterung noch verstärkt, da Ältere in der Regel höhere Ausgaben verursachen, gleichzeitig aber niedrigere Beiträge als Erwerbstätige zahlen.

Da derzeit vor allem unterschiedliche Modelle einer pauschalen Gesundheitsprämie diskutiert werden, haben wir die Hauptvarianten auf den Prüfstand gestellt und neben den jeweiligen Nachhaltigkeitswirkungen auch den aus

Steuermitteln zu finanzierenden Prämiensubventionsbedarf abgeschätzt. Bei einem vollständigen Umstieg der Finanzierung auf eine pauschale Prämie in Höhe von monatlich 205 Euro würde die Nachhaltigkeitslücke der GKV beispielsweise von 103 % auf 69 % des BIP sinken. Wie die unten stehende zweite Abbildung verdeutlicht, resultiert die verbesserte Nachhaltigkeitswirkung vor allem aus einer gleichmäßigeren Belastung aller Alterskohorten. Das hätte – anders als heute – zur Folge, dass die Beiträge der Älteren, deren Zahl in den kommenden Jahrzehnten demographiebedingt deutlich zunehmen wird, nicht mehr sinken würden. Allerdings wäre bei einer vollständigen Umstellung auf ein Prämienmodell auch der für den Sozialausgleich notwendige Steuerbedarf mit 17,3 Mrd. Euro am höchsten. Will man zudem die Gesundheitsausgaben für Kinder ebenfalls über Steuermittel finanzieren, so entstünde unter Berücksichtigung von Gegenfinanzierungseffekten ein Steuerbedarf in Höhe von 20,5 Mrd. Euro. Bei weniger weitreichenden Reformen – z.B. in Form einer Teilprämie oder „kleinen Pauschale“ – ergäbe sich ein geringerer Steuerbedarf, allerdings würde die Nachhaltigkeitslücke auch nur geringfügig abgesenkt.

Insgesamt zeigen die Berechnungen, dass eine Finanzierungsreform allein nicht ausreicht, um die GKV auf solide finanzielle Füße zu stellen. Unerlässlich sind wettbewerbsorientierte Reformen auf der Ausgabenseite und höhere Selbstbehalte, um den Kostendruck im Zaum zu halten.

**Woher kommt die Tragfähigkeitswirkung von Gesundheitsprämien?**



# 355 Euro monatlich lebenslang

## Presseresonanzen zur Generationenbilanz mit Schwerpunkt Schuldenabbau

### DER TAGESSPIEGEL

Der Tagesspiegel, 19.05.2010

Albert Funk

Der Tagesspiegel berichtet, dass die implizite Staatsschuld laut Stiftung Marktwirtschaft im Vergleich zur vorherigen Berechnung dramatisch gestiegen ist. Funk zitiert

Bernd Raffelhüschen aus der Pressekonferenz weiter, dass „die Politik eben immer wieder Geschenke verteilt, aber nicht finanziert“ habe. „Jährlich rechnet der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen zusammen mit der Stiftung Marktwirtschaft aus, wie groß diese unsichtbare, „implizite“ Staatsschuld zusammen mit der sichtbaren, „expliziten“ Staatsschuld ist – um damit klarzumachen, welche „Nachhaltigkeitslücke“ besteht, was die heutigen Beitrags- und Steuerzahler in die Zukunft verschieben.“

### DIE WELT

Die Welt, 19.05.2010

Dorothea Siems

Dorothea Siems schreibt darüber hinaus, dass Bernd Raffelhüschen die Politiker warnt:

„Die Haushaltskonsolidierung muss über die Ausgabenseite erfolgen,“ zitiert sie das Vorstandsmitglied. „Die verdeckte Staatsschuld ist laut Raffelhüschen viermal so groß wie die offizielle.

Insgesamt beträgt die Gesamtschuld demnach mittlerweile fast acht Billionen Euro oder 315 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).“ Doch nicht die Folgen der Wirtschaftskrise, sondern der mangelnde Sparwille in den vergangenen Jahren sieht Raffelhüschen als Ursache dieser dramatische Entwicklung, resümiert Siems.

### Handelsblatt

Handelsblatt, 19.05.2010

Peter Thelen

Peter Thelen beschreibt, dass der Staat – anders als jeder ehrbare Kaufmann – keine Rückstellungen für die stark steigenden Ausgaben in den Sozialversicherungsegmenten für Gesundheit, Pflege, Renten oder aber auch Pensionen bildet. „7,85 Billionen Euro, mehr als das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts, fehlen derzeit dem Staat, um diese Verschuldung abzutragen und die Zukunftslasten zu schultern.“ Jeder Deutsche müsste, so zitiert Thelen den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, monatlich bis zum Lebensende 355 Euro zahlen, um diese Last abzutragen. „Allein die Rentenversicherung müsste über Rückstellungen in Höhe von zwei Billionen Euro verfügen, um ihre Leistungsversprechen für die Zukunft zu bezahlen“, sagt Raffelhüschen.

### Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

F.A.Z., 01.06.2010

Manfred Schäfers

Manfred Schäfers erläutert in der FAZ die tatsächliche Staatsschuld i.H.v. 8 Billionen Euro:

„Um deutlich zu machen, was das heißt, hat Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, ermittelt, wie viel jeder zu den ohnehin anfallenden Steuern und Abgaben zahlen müsste, um diesen Berg abzutragen. Danach müsste jeder Bundesbürger vom Baby bis zum Greis bis zu seinem Lebensende zusätzlich 355 Euro im Monat an den Staat abführen.“

Noch 2008 hieß es, dass Deutschland dem Ziel, langfristig tragfähige Finanzen auch in einer alternden Gesellschaft zu sichern, ein großes Stück nähergekommen sei. „Die aktuelle Analyse der Stiftung Marktwirtschaft deutet dagegen auf Rückschritte hin. Umso wichtiger ist nach Ansicht von Ökonomen, dass Deutschland seine strenge neue Schuldenbremse einhält.“

### Börsen-Zeitung

ZEITUNG DER BÖRSE

ZEITUNG DER BÖRSE

Börsen-Zeitung, 19.05.2010

Stephan Lorz

Problematisch an der hohen Staatsverschuldung sei aus Sicht der Börsen-Zeitung die Tatsache, dass die Verschuldung vorwiegend struktureller Natur ist, so auch im Gesundheitssektor: „Denn während die Rentenformel das Ausgabenwachstum der gesetzlichen Rentenversicherung nach Maßgabe der Einnahmeentwicklung dämpft, existiert in der Krankenversicherung kein solcher Stabilisator, kritisiert Bernd Raffelhüschen, einer der Autoren der Studie.“ Raffelhüschen votiert vor diesem Hintergrund für einen Wechsel des Gesundheitssystems. Damit könne die Nachhaltigkeitslücke der gesetzlichen Rentenversicherung um bis zu 30 % reduziert werden.

### ÄRZTE ZEITUNG

Ärzte Zeitung, 18.05.2010

Sunna Gieseke

„In der gesetzlichen Krankenversicherung müssten in den kommenden Jahren bis zu 15 Mrd. Euro eingespart werden – die Kosten des Gesundheitssystems steigen allerdings ungebremst weiter.“ Nach Aussage des Ökonomen Bernd Raffelhüschen erfordert, „...das von Philipp Rösler geplante Prämienmodell zusätzliche Steuereinnahmen zur Finanzierung des Sozialausgleichs.“ Ein Vorteil der einkommensunabhängigen Prämie ist nach Meinung Raffelhüschens, „dass die Beitragseinnahmen der Krankenversicherung unabhängiger von der konjunkturellen und demografischen Entwicklung werden.“

# Ideenwettbewerb für Studierende

**GENERATION-D**  
IDEEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.

## Ausschreibung 2010 stößt auf rekordverdächtiges Interesse

Deutschland steht im Wandel – in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade die junge Generation fühlt die Fülle der damit verbundenen Herausforderungen und erkennt: Abwarten ist keine Lösung. Unsere Zukunft fordert selbstbewusste Vor- und Querdenker, die gemeinsam die Ärmel hochkrepeln und das Morgen gestalten. Jeder Einzelne ist gefragt, sich einzusetzen.

Zum dritten Mal sucht die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit den Initiatoren Bayerische Eliteakademie, Allianz SE und Süddeutsche Zeitung Ideen von Studierenden für Initiativen und Projekte, die Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland voranbringen. In diesem Jahr steht der Wettbewerb unter dem Motto „Setz Dich ein“ mit den drei unten stehenden Wettbewerbskategorien.

Teilnehmen können Studierende, die an deutschen Hochschulen eingeschrieben sind, unabhängig von ihrem Fach. Sie sollten ein Team von mindestens drei Personen bilden, das auch interdisziplinär arbeiten kann. Die Jury, zusammengesetzt aus den Vorständen und Führungskräften der Projektpartner sowie Studierenden der Eliteakademie, beurteilt die eingereichten Ideen nach ihrer Kreativität und Innovation, die Konzepte nach ihrer Realisierbarkeit und Nachhaltigkeit. Die Siegerteams des Wettbewerbs werden im November für ein Wochenende nach Berlin eingeladen und stellen dort ihre Ideen vor. Die Preisverleihung findet im Hotel Adlon statt. Das Preisgeld beträgt insgesamt 15.000 Euro. Bereits jetzt zeichnet sich ein rekordverdächtiges Interesse an dem Wettbewerb ab.



Die drei Wettbewerbskategorien lauten:

### Arbeit, Wirtschaft & Umwelt

- Wer erledigt die Arbeit und erwirtschaftet Wohlstand, wenn wir immer älter werden?
- Wie können wir wirtschaften, ganz ohne begrenzte Ressourcen zu verbrauchen?

### Bildung & Kultur

- Wie können Missstände im Bildungssystem kreativ und innovativ gelöst werden?
- Wie kann Kultur Grenzen überbrücken?

### Soziale Gesellschaft

- Wie können wir sozial sein, ohne einfach nur zu verteilen?
- Wie kann sich jeder in der Gesellschaft beteiligen?

# Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz

Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen stellt Energiepolitik der Bundesregierung vor

Volatile Ölpreise belasten die Wirtschaft ebenso wie Autofahrer. Das Potential der Elektromobilität kann allerdings nur bei ausreichender Stromerzeugung genutzt werden. Die mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verbundenen konventionellen Erzeugungstechniken üben jedoch schädliche Effekte auf das Klima aus. Als Lösung für die zukünftige Energieerzeugung fordern die einen eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und die anderen einen öffentlich geförderten, massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Die auch aufgrund staatlicher Eingriffe hohen Strompreise sorgen wiederum bei energieintensiven Industrien und Privatverbrauchern für Unmut.

All diese Themen waren Gegenstand der Fachtagung der Stiftung Marktwirtschaft am 20. April 2010 in Räumlichkeiten des Deutschen Bundestags zum Thema „Anforderungen an die Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit?“. Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (CDU), sprach für die Regierung, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Bärbel Höhn MdB, für die Opposition. Die Sicht der Wissenschaft wurde dem Publikum durch Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin und den Buchautor Dr. Lutz Peters nahegebracht. Die Interessen der Industrie formulierten Andreas Renner von der EnBW für die Erzeugerseite und Hans Hermann Nacke vom Verband der Chemischen Industrie für die Verbraucherseite.

Der Bundesumweltminister betonte das langfristige Ziel, die Energieversorgung in maximalem Umfang auf erneuerbare Energien umzustellen. Zu diesem Zweck werde als Übergangshilfe eine Rahmen setzende Ordnungspolitik benötigt: „Der Markt allein wird nicht rechtzeitig die Technologien generieren, die entwickelt werden müssen, um die Energieversorgung langfristig, sicher und wettbewerbsfähig zu organisieren.“ Jedoch sei eine Dauersubventionierung volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, weswegen er das Erneuerbare-Energien-Gesetz explizit als „Markteinführungshilfe“ bezeichnete. Röttgen wies zudem darauf hin, dass die entscheidenden Weichen für die künftige Energiestruktur durch die gegenwärtige Politik getroffen würden. Hier wolle er mit dem sich zurzeit in Arbeit befindenden Energiekonzept der Bundesregierung ansetzen.

Hingegen sah Höhn Widersprüche zwischen Zielen und Politik der Bundesregierung. So sei der Bau von Kohlekraftwerken kontraproduktiv für die Einhaltung der Klima-



web

Den vollständigen Bericht können Sie auf unserer Homepage lesen: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).

schutzziele. Auch würde eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke zu verringerten Investitionen in erneuerbaren Energien führen. Entscheidend seien die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere zur Stärkung des mangelnden Wettbewerbs auf dem Energiemarkt.

Einen Einblick in die physikalischen und chemischen Grundlagen der Klimawandel-Diskussion erhielt das Publikum durch Peters, welcher den Weltklimarat deutlich kritisierte. Peters stellte dar, warum der CO<sub>2</sub>-Gehalt nach seinen Untersuchungen das Klima nicht beeinflusse. Deswegen sei weder mit schmelzenden Polkappen noch mit häufigeren Stürmen zu rechnen. Die Energieexpertin Kemfert betonte, dass die Förderung der erneuerbaren Energien keine „Dauersubventionierung“ werden dürfe und stellte mit Blick auf den Minister fest: „Die Konzerne brauchen Planungssicherheit und sind davon abhängig, dass die Politik jetzt die Zeichen setzt.“

# Tagung zur deutschen Mitbestimmung

## Unternehmensmitbestimmung – kontrovers diskutiert

Mit der Fachtagung „Die deutsche Mitbestimmung – Stärke oder Schwäche in der Krise?“ griff die Stiftung Marktwirtschaft im März ein Thema auf, das derzeit zwar nicht oberste Priorität in der politischen Diskussion genießt, aber dennoch einen wirtschaftspolitischen Dauerbrenner darstellt. Im Fokus stand die im internationalen Vergleich vergleichsweise weitreichende Unternehmensmitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat großer Kapitalgesellschaften. Zwar gab es in der Vergangenheit einige Versuche, die Unternehmensmitbestimmung zu reformieren und an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen, allerdings ließ sich aus Sicht der Betroffenen keine gangbare Kompromisslinie finden, so dass auch die Politik vor Veränderungen zurückschreckte. Dass dieser Stillstand noch einige Zeit Bestand haben dürfte, wurde vor allem in der Rede von Dr. Ralf Brauksiepe MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales deutlich. Er lobte die Mitbestimmung als gelebte Sozialpartnerschaft und sah keinen Veränderungsbedarf – auch nicht vor dem Hintergrund der Veränderungen im europäischen Binnenmarkt.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wie auch Prof. Dr. Volker Rieble von der Ludwig-Maximilians-Universität München sahen die deutsche Mitbestimmung hingegen einem zunehmenden internationalen Druck ausgesetzt, nicht zuletzt da der europäische Binnenmarkt die Möglichkeit für Ausweichreaktionen eröffne. Während Prof. Franz zudem

ganz grundsätzlich den gesetzlichen Zwang zur Unternehmensmitbestimmung hinterfragte und in Anlehnung an den Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, für eine freiheitlichere Lösung ohne Zwang plädierte, setzte sich Prof. Rieble vor allem mit den durch die Unternehmensmitbestimmung entstehenden Corporate-Governance-Problemen auseinander. Dabei kritisierte er zahlreiche, aus seiner Sicht problematische Details des Status quo.

Dietmar Hexel, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, zeichnete hingegen ein sehr viel positiveres Bild der Mitbestimmung. Er betonte, dass die Mitbestimmung unabhängig von ihren ökonomischen Wirkungen ein zentrales Element der Sozialen Marktwirtschaft und einer demokratischen Gesellschaftsordnung sei, die gesetzlich vorgeschriebene Partizipation der Mitarbeiter für die Unternehmen aber auch wirtschaftlich von Vorteil sei. Das zeigten auch neuere ökonomische Studien, die keine negative Auswirkungen hätten finden können, so Hexel.

Die von der Journalistin Margaret Heckel geleitete Diskussion auf dem Podium und mit den anwesenden Gästen wurde durch politische Impulsstatements von Gitta Connemann MdB (CDU/CSU-Bundestagsfraktion) und Josip Juratovic MdB (SPD-Bundestagsfraktion) eröffnet. Strittige Punkte in der Diskussion waren u.a. die Frage, ob und inwieweit das deutsche Mitbestimmungsmodell international Vorbild sein könne, sowie das Verhältnis von Mitbestimmung und den Regeln guter Unternehmensführung (Corporate Governance).



Das Podium der Tagung: Dietmar Hexel, Prof. Volker Rieble, Prof. Michael Eilfort, Margaret Heckel, Gitta Connemann MdB und Josip Juratovic MdB (v.l.). Auf dem Bild fehlen Prof. Wolfgang Franz und Dr. Ralf Brauksiepe MdB.

# Perspektive 2020 der Finanzmarkt- & Steuerpolitik

Kooperationsveranstaltung mit der Allianz SE und der Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Märkte brauchen Grenzen und Regeln“, begann Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB seinen Vortrag zur Finanzmarkt- und Steuerpolitik auf der Kooperationsveranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft mit der Allianz SE und der FAZ, auf die Frage nach der Perspektive 2020. Manche sähen allerdings auch bei den staatlichen Eingriffen das Hauptrisiko. So gebe es unbestreitbare Schwächen bei der Aufsicht, räumte Schäuble ein: „Jede Regulierung stellt immer nur die zweitbeste Lösung dar.“ Er riet daher zu einem stimmigen Rückzug aus den Rettungsmaßnahmen: „Wir müssen uns aus dem, was an unmittelbaren Konsequenzen der Krise insgesamt richtig gezogen worden ist, in einer wohl dosierten Exit-Strategie schrittweise wieder zurückziehen. Das gilt für die Finanzmärkte im engeren Sinne und das gilt auch für die Stimuli für die Wirtschaft, wo wir uns international abstimmen.“

Der Bundesfinanzminister stellte an diesem Abend vor über 500 Gästen am Brandenburger Tor fest, dass der Staat nicht allzu oft eingreifen kann. Denn, so der promovierte Jurist und Ökonom, „die Steuerzahler sind die Anteilseigner des Staates“ und bei einer beliebigen Wiederholung solcher Rettungsaktionen käme es zu einem fundamentalen Verstoß gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Dies betonte Schäuble kurz nachdem sein Vorredner Michael Diekmann, der Vorstandsvorsitzende der Allianz SE, seine Befürchtung geäußert hatte, dass er die Krise noch nicht beendet sähe. Im Übrigen spreche „natürlich auch die drohende Überschuldung der öffentlichen Haushalte für eine faire Verteilung der Krisenkosten.“

Bei der Podiumsdiskussion mit Vorstand Dr. Joachim Faber von der Allianz, Otto Fricke MdB (FDP), Fritz Kuhn MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön (Max Planck-Gesellschaft) unter Leitung des Wirtschaftskorrespondenten der FAZ, Dr. Manfred Schäfers, stand die Griechenland-Finanzhilfe zur Diskussion. Sowohl bei der Wahl der Instrumente und Maßnahmen zur Beteiligung der Banken an den Lasten der von ihnen ausgelösten Krise, als auch grundsätzlich bei der Entscheidung, ob überhaupt dem hoch verschuldeten EU-Mitgliedsstaat geholfen werden sollte, schieden sich bei der leidenschaftlichen Debatte die Geister. Während Kuhn eine Hilfe „schon um der EU willen“ für unabdingbar hielt, diese allerdings „nicht zu gemächlich“ für die Griechen ausgestalten wollte, fand Fricke eine Unterstützung – rein volkswirtschaftlich betrachtet – nicht sinnvoll, wobei er als Politiker die Hinzuziehung politischer Erwägungen berücksichtigen müsse.

Am Ende des Abends waren sich alle bei der Priorisierung der nächsten Aufgaben der Bundesregierung mehr oder weniger einig: Eine Haushaltskonsolidierung – gerade mit der derzeitigen Währungskrise vor Augen – gilt es ernsthaft herbeizuführen und das am besten in Verbindung mit einer Steuervereinfachung, wie sie die Stiftung Marktwirtschaft mit einem gangbaren Steuersystem vorbereitet hat.

web

Den vollständigen Bericht können Sie auf unserer Homepage lesen: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).



Das Podium der Tagung: Michael Diekmann, Dr. Wolfgang Schäuble MdB und Prof. Michael Eilfort (vorn v.l.) sowie Prof. Wolfgang Schön, Dr. Joachim Faber, Dr. Katrin Burkhardt, Dr. Manfred Schäfers, Fritz Kuhn MdB und Wolfgang Ischinger (hinten v.l.).

# Guter Staat – böse Bürger?

Tagung zum Themengeflecht Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und Steuermoral

Im Zentrum unserer Auftaktveranstaltung des Jahres 2010 stand das Themenfeld Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung. Seit vielen Jahren immer wieder heftig diskutiert, ist es insbesondere im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Denn zum einen zählt in Zeiten knapper Finanzmittel jeder Euro für den Staatshaushalt. Zum anderen hat die Krise zu einer erhöhten Sensibilität für ökonomisches „Fair-Play“ geführt.

Mit der Frage „Guter Staat – böse Bürger?“ zielte die Stiftung Marktwirtschaft auf eine umfassende Analyse der Problematik Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft. Nicht nur das Fehlverhalten der Menschen und staatliche Sanktionsmöglichkeiten, sondern auch die Qualität der staatlichen Rahmenbedingungen und das staatliche Handeln selbst wurden eingehend als mögliche Ursachen diskutiert.

Um etwas Licht in die naturgemäß schwer messbaren Phänomene Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung und die dahinterstehenden Motive zu bringen, stellten die Professoren Friedrich Schneider (Universität Linz) und Lars Feld (Kronberger Kreis, Universität Heidelberg) erste Ergebnisse einer im Herbst 2009 durchgeführten repräsentativen Befragung vor. Dabei zeigte sich, dass Schwarzarbeit im Vergleich zu Steuerhinterziehung und Sozialleistungsbetrug noch am ehesten als Kavaliersdelikt angesehen wird. Insgesamt hielt jedoch die überwiegende Mehrheit der Befragten ein solches Handeln für unververtretbar. Dementsprechend gab auch nur ein Bruchteil in Höhe von 0,1 % der Befragten an, Steuern auf ausländischen Konten zu hinterziehen. Überraschender dürfte für viele die von Lars Feld aus den Befragungsergebnissen ökonomisch ermittelte Erkenntnis sein, dass Strafen einen paradoxen

Effekt haben und Steuerhinterziehung sogar fördern, die Einkommenshöhe und der Grenzsteuersatz hingegen keine statistisch signifikanten Effekte haben. Ganz anders die Steuermoral der Bürger. Sie sei ein entscheidender Faktor für das Ausmaß der Steuerhinterziehung, auch wenn der Staat sie nicht ohne Weiteres, am besten jedoch mit einer ehrlichen und redlichen Finanzpolitik beeinflussen könne, erläuterte Lars Feld.

Folgerichtig setzten sich die nachfolgenden hochkarätigen Referenten aus Wissenschaft, Rechtsprechung und Politik – Prof. Dr. Stefan Homburg (Universität Hannover), Dr. h.c. Wolfgang Spindler (Präsident des Bundesfinanzhofs), Dr. Helmut Linssen (Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen) und Dr. Gerhard Schick MdB (finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) – schwerpunktmäßig mit Fragen der Steuermoral und ihrer Beeinflussungsmöglichkeiten, auseinander. Wie ein roter Faden zog sich dabei die Kritik am intransparenten, komplexen und vielfach selbst für Experten unverständlichen deutschen Steuerrecht durch die Diskussion. Dieses werde von vielen Bürgern als ungerecht empfunden, so der Tenor. Zweifel an einer einheitlichen Rechtsanwendung und -durchsetzung sowie die Befürchtung, der „letzte ehrliche Steuerzahler“ zu sein, beeinträchtigten die Steuermoral. Wichtiger als eine Steuerentlastung durch eine große Steuerreform ist daher die kontinuierliche Vereinfachung und qualitative Verbesserung des deutschen Steuerrechts. Darin ist sich die Stiftung Marktwirtschaft mit dem Gros der Referenten einig.

web

Den vollständigen Bericht können Sie auf unserer Homepage lesen: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).



**Rainer  
Brüderle,  
Bundes-  
wirtschafts-  
minister**



Foto: BMWI

„Für Ordnungspolitik gibt es oft keinen Applaus. Aber es lohnt sich dennoch, dafür zu kämpfen.“ Die Übereinstimmung von Wort und Tat lässt sich beim Bundeswirtschaftsminister an aktuellen Beispielen festmachen: Das konsequente „Nein“ zu Opel-Hilfen, das Bekenntnis zur deutschen Zusage der Arbeitsmarktöffnung 2011 und die Ablehnung von Steuererhöhungen. Im unübertrefflichen Originalton: „Steuererhöhungen verhindern, dass die Staatsausgaben wirklich auf Effizienz getrimmt und auf das notwendige Maß reduziert werden.“ Deshalb sei an dieser Stelle der erste Satz widerlegt: Applaus für Ordnungspolitik, Applaus für den Bundeswirtschaftsminister.

**Peter Müller,  
Minister-  
präsident des  
Saarlandes**



Bei Peter Müller hört sich die Spar-Diskussion so an: „Es muss der Grundsatz gelten: Starke Schultern tragen mehr als Schwache.“ Ähnlich feierlich haben Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Sigmar Gabriel dies als quasi-neue Erkenntnis präsentiert und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes gefordert. Zu dumm: Schon seit Jahrzehnten wird in Deutschland umverteilt, z.B. über Steuerprogression, Krankenkassenbeiträge, Kindergartengebühren (nur bedingt im Saarland, dort sind die Plätze im letzten Jahr vor Schulbeginn gebührenfrei und mittelbar über den schon ohnehin fragwürdigen Länderfinanzausgleich finanziert). Zehn Prozent der Einkommensteuerzahler tragen über 50 % des gesamten Aufkommens. Ein Steuersystem sollte allen gerecht werden, nicht nur Verteilungspolitikern. Bester Sparvorschlag im Sinne Müllers („Wenn schon der Gürtel enger geschnallt werden muss, dürfen die größten Gürtel nicht außen vor bleiben“) und sehr effektiv wäre die Eingliederung des Saarlands nach Rheinland-Pfalz, Rundfunksender inklusive.

**Paul Krugman,  
US-Ökonom**



Foto: SEF

2008 wurde der US-Ökonom noch mit dem Nobelpreis geehrt. Das bestätigt die Einschätzung, wonach Orden und Auszeichnungen wie Granaten meist unkontrolliert einschlagen und auch knapp daneben treffen können. Krugman als von staatlichen Ausgabenprogrammen fast besessener Keynes 2.0 wünscht sich vor allem von Deutschland neue schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme. Nach allen Erfahrungen besonders in den 1970er Jahren grenzt das an eine neue Form von Voodoo-Economics. „In normalen Zeiten hat die deutsche Stabilitätskultur etwas für sich, aber wir leben nicht in normalen Zeiten,“ so Krugman. Klar, seit 1967 sind die Zeiten durchgehend „unnormale“ und kommt der deutsche Staat nicht mit den Einnahmen aus. Schade, dass von Krugman keine Sparforderungen zu hören waren, als die Konjunktur boomte – das wäre die andere Seite der Medaille gewesen.

**Zu guter Letzt**

*Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus.*

*(Der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel)*